

Informationen zum

Aktionsbündnis für strahlungsfreie Lebensräume (ABStrahL): Ausweg aus der Strahlenhölle

(Stand: 28.11.2008)

Mit einer ersten Aktion gegen einen neuen Mobilfunksendemast in St. Märgen bei Freiburg stellt sich ein neues Aktionsbündnis vor: ABStrahL.

Eine Gruppe von über 25 Bürgern aus der Region Freiburg hat es sich zur Aufgabe gemacht, gegen die allgegenwärtige Gefahr durch Mobilfunkstrahlung vorzugehen.

Die Strahlung beeinflusst in erheblichem Maße den Organismus von Mensch und Tier. Es ist ein Trugschluß anzunehmen, dass Strahlung –weil man sie nicht sieht, hört, riecht oder spürt– keine Auswirkungen auf den Körper hat. Der menschliche (wie auch der tierische) Körper wird durch elektrische Reizweiterleitungen gesteuert. Es ist daher naheliegend, dass sich elektromagnetische Einwirkungen auch auf jene Reizweiterleitung auswirken. Das Prinzip ist vergleichbar mit der Wirkung eines Magneten, welchen man über eine bespielte Musikkassette zieht: Von den ursprünglichen Informationen (Musik) ist danach kaum mehr etwas übrig.

Je stärker die Strahlung, je näher die Strahlungsquelle, um so größer ist die Beeinflussung.

Zahlreiche Menschen leiden bereits unter Elektrosensibilität. Die Zahl wächst ständig, die Dunkelziffer ist enorm. Denn viele Betroffene wissen überhaupt nicht, warum sie körperlich leiden.

Ein betroffener Bürger hat das nahezu unlösbare Problem, dass er sich der Strahlung nicht entziehen kann. Strahlungsfreie Gebiete gibt es nur noch selten. Und auch diese werden mehr und mehr verstrahlt.

Um ein solches „Funkloch“ handelt es sich in der Nähe von St. Märgen. Doch auch diese Nische ist jetzt der Strahlung eines von O2 neu errichteten Sendemastes ausgesetzt. Einige der elektrosensiblen Menschen haben sich dort aufgehaltet, um ihre Leiden zu lindern. Nun wurde ihnen auch diese letzte Möglichkeit genommen.

Ein Betroffener, der phasenweise auf einem Parkplatz unterhalb von St. Märgen in einem kleinen Wohnwagen lebt, ist Ulrich Weiner. Seine „Geschichte“ ging bereits mehrfach bundesweit durch die Medien. Als ehemaliger Telekommunikationstechniker war er von früh an der Mobilfunkstrahlung ausgesetzt. Dann setzten die ersten Anzeichen einer ernsthaften Erkrankung ein: Konzentrationsschwierigkeiten, Gleichgewichtsstörungen, Kreislaufprobleme. Er wurde zusehens krank. Mittlerweile füllt seine Krankengeschichte Aktenordner. Es wurden zahlreiche Gutachten verfasst. Heute ist er berufsunfähig und muß gerichtlich für die Anerkennung seiner Genese als Berufskrankheit kämpfen. Als der neue Sendemast in Betrieb ging, spürte er dies sofort. Kurz nach der Inbetriebnahme brach er auf seinem Parkplatz zusammen.

Über seinen Rechtsanwalt ersuchte er den Betreiber O2, den Mast wieder abzuschalten. Aber O2 hatte es nicht einmal für angezeigt gehalten, überhaupt zu reagieren. Das ebenfalls eingeschaltete Gesundheitsamt ließ über den Fachbereichsleiter (ohne jegliche Prüfung) ausrichten, dass es untätig bleibe.

So wie Ulrich Weiner geht es vielen Menschen in der Region. Bürgerinitiativen wurden gegründet, Aufklärungsarbeit geleistet. Aber helfen will den Betroffenen niemand – schon gar nicht der Staat, obgleich dieser eine Fürsorgepflicht für seine Bürger hat. Dabei sind die Gefahren, die durch Mobilfunk entstehen längst bekannt. Doch erscheint die Mobilfunklobby als übermächtig. Vor ein paar Jahren hat der Staat Milliarden durch die UMTS-Lizenzen eingeheimst. Jetzt will er sich nicht gegen die Firmen stellen, die ihm diesen warmen Regen beschert haben. Da muß der Bürger halt mal leiden.

In andern Ländern, beispielsweise in Schweden, wurden längst strahlungsfreie Rückzugsgebiete geschaffen, um den Kranken wenigstens die Möglichkeit zu bieten, sich in einer Zone aufzuhalten, wo sie nicht zusätzlich strahlenmäßig kontaminiert werden.

Soviele Gutachten es auch gibt, die belegen, dass die Strahlung extrem schädlich für Flora, Mensch und Fauna ist, so viele Gegengutachten existieren auch. Es verwundert nicht sonderlich, dass Letztere im wesentlichen von der Mobilfunkindustrie finanziert werden.

ABStrahL liegt u.a. ein Gutachten des Dr. Carlo vor (leider derzeit nur in englischer Sprache), das zu dem Ergebnis kommt, dass Kinder, die im Jahre 2000 oder später geboren wurden, wegen der Strahlung in zunehmenden Maße ihre Eltern nicht überleben werden. Denn gerade die „jungen“ Körper werden durch die Bestrahlung extrem in ihrer Entwicklung gestört.

Dr. Carlo ist übrigens nicht irgendein Experte. Er wurde ursprünglich von der Mobilfunkindustrie mit einem (Gegen-) Gutachten beauftragt. Und er forschte. Doch leider deckten sich seine erschreckenden Ergebnisse nicht mit den wirtschaftlichen Zielen seiner Auftraggeber, weshalb ihm gekündigt wurde. Der ehrbare Wissenschaftler ließ das nicht auf sich sitzen und forschte weiter. Und diese Ergebnisse veröffentlicht er im eigenen Namen und Interesse. Das Gutachten (wie auch viele andere) kann bei ABStrahL angefordert werden.

Jedoch selbst dann, wenn man den Mobilfunk-Gutachten Glauben schenken mag, ändert sich nichts daran, dass die Gefahren bekannt sind. ABStrahL ist der Auffassung, dass es der Staat nicht zulassen darf, dass dermaßen umstrittene Technologien Platz greifen und die Bürger krank machen, bevor nicht die Ungefährlichkeit eindeutig bewiesen ist. Nach dem Vorsorgeprinzip ist eine Umkehr der Beweislast erforderlich. Nicht der kranke Bürger soll beweisen müssen, dass er strahlengeschädigt ist; die Mobilfunkindustrie muß vielmehr beweisen, dass von den Sendern zweifelsfrei keine Gefahren ausgehen! Diesen Beweis bleiben sie freilich schuldig.

Es geht ABStrahL nicht darum, der Handy-gewohnten Bevölkerung wieder die Buschtrommeln anzudienen. Es geht darum, gesundheitlich unbedenkliche Technologien zu entwickeln, fördern und einzusetzen. Bis dahin müssen die in Deutschland extrem hohen Grenzwerte für Mobilfunkstrahlung auf ein unbedenkliches Maß herabgesetzt und strahlungsfreie Gebiete ausgewiesen werden.

Die Aktivisten von ABStrahL sehen keine andere Möglichkeit, als durch gewaltfreie, direkte Aktionen einen strahlungsfreien Lebensraum zu schaffen. Eine Aufgabe, die ABStrahL quasi anstelle des Staates wahrnimmt.

Wer nähere Informationen wünscht kann sich an Ulrich Weiner (ulrich.weiner@weiner-kom.de) wenden.